



# BERICHT



## KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

### „Belgium's role in the European Union“

#### **Dinner- Roundtable mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Belgiens Steven Vanackere am 17. November 2010 um 19 Uhr im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema**

Im Zu Beginn benannte der belgische Außenminister Vanackere die seines Erachtens wichtigsten Herausforderungen und Problemfelder der EU:

Das sei zum einen das schwache Wirtschaftswachstum in der EU und zum anderen die Aufgabe, wirtschaftliches Gewicht in außenpolitisches Gewicht umzumünzen.

Bislang seien entscheidende Etappen europäischer Integration nicht durch großangelegte Pläne, sondern durch konkrete Ereignisse ausgelöst worden: Der 11. September 2001 habe den Anstoß für eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit gegeben, die Griechenlandkrise führte zu einer stärkeren Überwachung der Haushalte der Mitgliedstaaten

Vanackere äußerte sich auch zu den Auswirkungen des Lissabon-Vertrags auf das institutionelle Gleichgewicht der EU und die rotierende Ratspräsidentschaft: Durch den Lissabon-Vertrag werde das Europäische Parlament gestärkt; dies werde zwar häufig erwähnt, aber selten beherzigt. Dabei habe das EP seine neuen Befugnisse bereits bei SWIFT, beim Auswärtigen Dienst sowie bei der Haushaltsdiskussion zur Geltung gebracht. Eine weitere wichtige Neuerung sei die Schaffung des Europäischen Ratspräsidenten, der die Kohärenz europäischen Handelns stärke. Vanackere widersprach der gängigen Auffassung, dass die Schaffung dieser Position ein Schritt zu einer Stärkung der intergouvernementalen Komponente sei. Die Europäische Kommission sei mit dem Lissabon-Vertrag ebenfalls nicht geschwächt worden: vielmehr habe die Ausweitung des Verfahrens der qualifizierten Mehrheit ihre Stellung gestärkt. Insbesondere im Zusammenspiel mit dem EP könne die Kommission ihre Position festigen. Schließlich gebe es mit der Hohen-Beaufragten und dem EAD ein großes Potential für Synergien. EU-Außenpolitik und nationale Außenpolitiken müssten stärker aufeinander abgestimmt werden. Vanackere warb dabei für das vom finnischen Außenminister Alexander Stubb formulierte Prinzip einer „dignified diplomacy“: Es gehe nicht an, dass die Versuche der Schaffung einer kohärenten EU-Menschenrechtspolitik von der Handelspolitik einzelner Staaten wieder untergraben würden.

Der europäische Auswärtige Dienst solle kein 28. Außenministerium werden, sondern dazu beitragen, eine gemeinsame europäische strategische Kultur zu schaffen. Gleichzeitig betonte er, dass die Grundvoraussetzung für die Schaffung einer kohärenten Außenpolitik auch eine größere innere Kohäsion

**BERICHT**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

NOVEMBER 2010

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

der Mitgliedstaaten bei bestimmten Politikfeldern sei. Im Kontext dieser institutionellen Veränderungen dürfe die Rolle der rotierenden Ratspräsidentschaft nicht darin bestehen, eigene Sonderwünsche und Prioritäten auf die Agenda setzen. Stattdessen müsse gesichert werden, dass die EU-Maschinerie in konstanter Geschwindigkeit weiter funktioniere. Eine Ratspräsidentschaft müsse nicht die Richtung vorgeben, aber alle Akteure zusammenhalten. Sie müssten sich nicht an Deklarationen, sondern an Resultaten messen lassen und konkrete Gesetzesvorhaben voranbringen.

Mit Bezug auf die belgische Ratspräsidentschaft bezeichnete Vanackere die Beschlüsse zur Finanzmarktregulierung und -überwachung sowie die erfolgreiche Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes als Erfolge. Ferner verwies er auch auf den erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens mit Südkorea, welches das bisher ehrgeizigste abgeschlossene Freihandelsabkommen überhaupt sei. Eine große Herausforderung sei nun die Diskussion um den Haushalt 2011 und den Finanzrahmen; schwache Hoffnungen habe man auch noch, Einigkeit beim Vorstoß zum Europäischen Patent zu erzielen. Eine weitere Herausforderung seien Fortschritte bei der EU –Erweiterung. Die Einigung auf eine gemeinsame Haltung gegenüber Serbien habe erneut nachgewiesen, dass die Präsidentschaft als ehrlicher Makler fungieren müsse.

Abschließend nannte Vanackere einige Gründe für den bislang reibungslosen Ablauf der Präsidentschaft – trotz Übergangsregierung: Zum einen seien die Ministerien sehr gut vorbereitet gewesen und verfügten bereits über großes europapolitisches Know-How. Eine Rolle habe sicherlich auch die Nähe zum aktuellen Europäischen Ratspräsidenten und früheren belgischen Regierungschef Hermann van Rompuy gespielt. Darüber hinaus habe es unter allen belgischen Parteien einen weitreichenden Konsens über die Präsidentschaft und die Prioritäten gegeben. Alle Parteien seien an der Erarbeitung des Programms der europäischen Ratspräsidentschaft beteiligt gewesen.

Mit Bezug auf die aktuelle politische Situation seines Landes bezeichnete Vanackere Belgien als „unzerbrechlich“. Die nun diskutierten Reformen hätten allerdings bereits 2007 in Angriff genommen werden müssen. Der Weg dahin führe über die Akzeptanz der Unterschiede, nicht über Homogenisierung. Vanackere zeigte sich aber zuversichtlich, dass Belgien auch weiterhin ein wichtiger Architekt der europäischen Integration bleiben werde.

### **Diskussion**

In der Diskussion verteidigte Vanackere seine Auffassung von der Rolle der rotierenden Ratspräsidentschaft. Diese müsse in erster Linie Mittler sein; es gebe auf europäischer Ebene bereits genug „Lautsprecher“ und Visionäre. Vanackere betonte auch die wichtige Rolle des Rats für allgemeine

**BERICHT**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

NOVEMBER 2010

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Angelegenheiten nach dem Lissabon-Vertrag. Dies sei zum einen die Vorbereitung der Gipfel der Europäischen Staats- und Regierungschefs. Insbesondere müsse der Rat für allgemeine Angelegenheiten aber das follow-up und die Umsetzung der Beschlüsse der Gipfel überwachen. Vanackere zeigte auch Verständnis für den Ausschluss der Außenminister bei den (meisten) Ratsgipfeln: Mit 54 Personen wären Verhandlungen nun einmal langwieriger als mit 27.

Vanackere äußerte sich auch zu den Differenzen Budgetdiskussion: Er betonte, dass die Unstimmigkeiten vor allem auf die Prozedur und nicht auf den Inhalt bezögen. Grundsätzlich sei man sich über den Haushalt für 2011 einig. Er zeigte sich überzeugt, dass eine Einigung erzielt werden könne, wengleich es schwierig werde, diese vor dem 1. Januar zu erreichen. Die entscheidende Phase bei der Verhandlung zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 würde erst Mitte 2011 eingeläutet; das aktuelle Papier der Kommission stelle lediglich eine erste Grundlage dar.

Mit Bezug auf die Erweiterungsdiskussion und das außenpolitische Gewicht der Türkei merkte Vanackere an, dass die Türkei ihr sicherheitspolitisches Gewicht auch konstruktiv und im Sinne Europas einbringen müsse. In diesem Kontext sei die Haltung Türkei gegenüber dem Iran nicht hilfreich.

Ob nun nach den Wahlen in den Vereinigten Staaten ein neuer Impetus für die Doha-Runde zu erwarten sei, könne noch nicht abgeschätzt werden. Hinsichtlich der Forderung, Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Japan aufzunehmen, forderte Vanackere, dass nicht nur direkte Zölle, sondern auch nichttariffäre Handelshemmnisse beseitigt werden müssten und europäischen Unternehmen auch Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen gewährt werden solle.

Olaf Wientzek